



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/177 - 4. August 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 688 800

Das Gutachten des Generals Twining	S. 1
Die tschechisch-österreichische Grenze - eine Todeszone	S. 2
Weibliche Minister als Wahlköder?	S. 4

## Born und der Plan des Pentagon

sp. Am 19. Juni erstattete der Oberbefehlshaber der amerikanischen Luftstreitkräfte, General Twining, ein ausführliches Gutachten über die Notwendigkeiten einer neuen strategischen Planung, von dem am Wochenende neue interessante Einzelheiten bekanntgeworden sind. Kernpunkte sind :

1. die Empfehlung einer radikalen Verlagerung aller militärischen Anstrengungen auf die Atomstrategie und, "da man nicht alles haben kann", eine weitgehende Reduzierung der herkömmlichen Waffengattungen und Mannschafsstärken;
2. die "Beibehaltung einiger herkömmlicher Streitkräfte, um der Drohung peripherer Kriege zu begegnen" und
3. die lapidare Feststellung: "Die Kernwaffen werden bleiben und werden im Kriegsfall eingesetzt werden - das wissen wir". Dieser Hinweis entwertet automatisch die von Twining selbst ange-deutete Möglichkeit von "peripheren Kriegen" erheblich.

Drei Tage, ehe Twining dieses Gutachten erstattete, war Bundeskanzler Adenauer aus den USA wieder abgeflogen. Man hatte ihm von alledem kein Sterbenswort gesagt, obwohl damals bereits in der amerikanischen Öffentlichkeit die Umrisse solcher Vorstellungen erkennbar wurden und obgleich solche Ausarbeitungen, wie sie Twining dem zuständigen amerikanischen Parlamentsgremium vorlegte und erläuterte, selbstverständlich Gegenstand von gründlichen Vorbberatungen durch die verschiedensten militärischen Stellen sind. Aber man hat nicht nur Adenauer gegenüber geschwiegen. Als in dessen Auftrag Generalleutnant Heusinger viel später nach Washington fuhr, um authentisch zu erfahren, was es denn nun eigentlich mit diesen ganzen alarmierenden Nachrichten auf sich habe, die in der zweiten Juli-Hälfte auftauchten, wurde der Abgesandte des

Kanzlers von keinem der wirklich massgebenden Männer empfangen. Ein Blatt vom Einfluss der "New York Times" mokierte sich darüber, dass der deutsche General vor allem mit einem drohenden deutschen Bürgerkrieg argumentierte, um für die strategischen Vorstellungen der Bundesregierung und deren Vorliebe für ein möglichst grosses Heer alter Ordnung und Art Stimmung zu machen.

Das Paradoxe an der gegenwärtigen Situation ist aber vor allem der Umstand, dass solche Stimmungsmache nur der neuen amerikanischen Absichten, über die man sich in Bonn so sehr beunruhigt hat, entgegenkommt, ja sie geradezu entscheidend fördert. Denn je mehr die Bundesregierung auf herkömmliche Waffen in möglichst grossem Umfange besteht, umso leichter wird dem Pentagon der Entschluss gemacht, das auszuführen, was Bonn gerade verhindert wissen will - Umrüstung auf die schweren Atomwaffen. Unverständlich bleibt bei alledem auch die bisher gezeigte Aufregung der Bundesregierung, wenn jetzt plötzlich an einem Tage der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, Krcze, von Washington und ein Regierungssprecher von Bonn aus versichern, die geplante Mannschaftsstärke der amerikanischen Streitkräfte in Übersee werde die Kampfkraft der amerikanischen Verbände nicht schwächen.

Die Zeit seit dem letzten Amerika-Aufenthalt des Bundeskanzlers ist ein geschlossener Beweis dafür, dass die tatsächlichen Vorstellungen der massgebenden Männer in den USA sich in der entscheidend wichtigen Frage der besten Verteidigungskonzeption des Westens von denen der Bundesregierung immer weiter entfernen. Dabei fällt es den Amerikanern umso leichter, gelegentlich freundschaftlich anerkennende Worte für die Person und Politik des Kanzlers einzupflechten, als dessen anachronistische Wünsche für die Art der westdeutschen Aufrüstung, wie schon gesagt, nur der neuen strategischen Planung in den USA entgegenkommen.

\* \* \*

Unfreundliche Nachbarschaft

K.F. Wien

Fährt man von Wien aus auf einer Autostrasse in östlicher Richtung, so gelangt man schon nach 43 Kilometer an die tschechoslowakische Grenze. Das gesamte Grenzgebiet zwischen der Tschechoslowakei und Österreich ist mit Stacheldraht, Minenfeldern, Wachttürmen usw. befestigt. Ständig ziehen schwerbewaffnete Patrouillen der tschechischen Grenzpolizei mit Hunden durch den an eine kriegsmässige Belagerung gemahnenden Grenzstreifen. Trotz aller in den Volksdemokratien nun üblich gewordenen Koexistenz-Beteuerungen hat diese Grenze ihren Schrecken noch nicht verloren, ja in letzter Zeit sogar noch an Gefahren erheblich zugenommen. Während Ungarn die sichtbaren Teile seines Eisernen Vorhanges im allgemeinen beseitigt hat, blieb an der tschechischen Grenze die Todeszone unverändert. Auf diesen Umstand hat übrigens auch Bundeskanzler Ing. Julius Raab in der Regierungserklärung vom 4. Juli hingewiesen.

Der Anlass zu der in einer Regierungserklärung immerhin ungewöhnlichen Anklage war ein erschütternder Vorfall, der sich am 1. Juli an der Grenze bei Retzbach zugetragen hat. Ein Wiener Schulwart, Josef Heinrich, hatte auf seinem Motorrad mit Frau und zwei kleinen Kindern einen Verwandtenbesuch in das nördliche Niederösterreich unternommen und bei dieser Gelegenheit aus Neugierde die berüchtigte Grenze besichtigt. Da fast nirgends ausreichend gekennzeichnet ist, wo das Staatsgebiet der CSR beginnt, gelangte er - noch vor dem Stacheldrahtverhau - auf tschechisches Gebiet und wurde, als er nach einem Anruf davonzulaufen versuchte, aus Maschinenpistolen beschossen. Schwer verletzt wurde er mit Handschellen gefesselt und abgeführt. Die Frau und eines der beiden Kinder (das zweite Kind war beim Motorrad geblieben) wurden ebenfalls abgeführt. Der Schulwart wurde später in das Krankenhaus von Znaim gebracht, wo er mehr als zehn Tage lang mit dem Tode rang. Kurz vor seinem Ende durften ihn noch seine Frau und seine beiden Kinder ohne Einreiseformalitäten besuchen. Nach seinem Tode wurde sein Leichnam in einen Sarg gelegt und der Sarg ohne formelle Übergabe beim österreichischen Zollamt einfach abgestellt. "Solche Vorfälle" sagte Bundeskanzler Raab, "sind mit einem friedlichen Zusammenleben, wie es zwischen Nachbarn üblich ist, nur schwer zu verbinden."

Am 26. Juli wurde sodann vom österreichischen Gesandten in Prag eine Note der Bundesregierung überreicht, in der gegen die Erschiessung

des Wiener Schulwartes Heinrich durch tschechoslowakische Grenzorgane protestiert wird. "Die durch das Verhalten der tschechoslowakischen Behörden erzeugte Unsicherheitslage ist es in der Protestnote, "an der österreichisch-tschechoslowakischen Grenze und die wiederholte Gefährdung des Lebens und der Sicherheit österreichischer Staatsbürger im nachbarlichen Grenzgebiet ist geeignet, das österreichisch-tschechoslowakische Verhältnis auf das schwerste zu belasten".

Am 30. Juli erklärte der tschechoslowakische Ministerpräsident William Siroky vor der Nationalversammlung, es gebe in Österreich "gewisse Kreise", die bemüht seien, "gute Beziehungen mit der Tschechoslowakei zu stören und sogar verlangten, dass die Tschechoslowakei ihre Grenzen ungeschützt lässt". Die Regierung betrachte Österreich zwar nicht als einen Staat, der die Tschechoslowakei bedroht, "doch missbrauchten imperialistische Kreise die österreichische Souveränität zur Durchschleusung von Agenten in die Tschechoslowakei." Das bedeutet also nichts anderes, als dass an eine Beseitigung des Eisernen Vorhanges an der österreichisch-tschechoslowakischen Grenze nicht zu denken ist.

Seit dem Tode des Schulwartes Heinrich und dem offiziellen Protest der österreichischen Regierung ist kaum eine Woche vergangen, in der nicht die österreichische Öffentlichkeit durch neuerliche Grenzübergriffe, Schikanen, Willkürmassnahmen oder Menschenraubversuchen beunruhigt worden wäre. In der zweiten Hälfte des Monats Juli wurden an mehreren Grenzstellen die auf tschechischem Gebiet noch verbliebenen Häuser geschleift und ganze Ortschaften dem Erdboden gleichgemacht, wobei vielfach auf österreichischer Seite ehemalige Bewohner dieser Ortschaften die beschämenden Vorgänge beobachten konnten. Am 29. Juli überschritten tschechoslowakische Grenzpolizisten die österreichische Grenze bei Leonfelden, um drei junge Motorrollerfahrer aus Linz, die gekommen waren, um sich die Erfolge der Zerstörungsarbeiten anzusehen, zu verhaften und gewaltsam über die Grenze zu verschleppen. Wenige Stunden später kamen bei Wildendornbach neuerlich tschechoslowakische Grenzpolizisten über die Grenze auf österreichisches Gebiet, um einen geflüchteten Lastwagenfahrer zu suchen.

Der tschechoslowakische behördliche Chauvinismus scheint eine Reaktion auf die grösser werdenden innerpolitischen Schwierigkeiten des betreffenden kommunistischen Regimes zu sein. Nach den Enthüllungen und

Selbstanklagen des 20. Parteitages der KPdSU ist die Unzufriedenheit in allen Satellitenländern in einer bedrohlichen Masse angewachsen. Was möglicherweise zu einer übertriebenen Polizeiherrschaft Anlass gibt. Insbesondere aber will man tschechoslowakischen Staatsbürgern eine Flucht ins Ausland unmöglich machen. Deshalb bleibt an der Grenze, unter dem Vorwand, sich gegen Agenten, Spione und Saboteure schützen zu wollen, die Todeszone bestehen, die nachgerade für das volksdemokratische "Paradies der Arbeiter und Bauern" symbolisch geworden ist.

\* \* \* \*

### Des Kanzlers Kabinettspläne

ler. Die Kurve der Popularität des Bundeskanzlers und die seiner Partei bei den Bundesrepublikanern geht nach unten. Alle Meinungserforschungen in der letzten Zeit bestätigen dies. Die Schere zwischen SPD und der CDU als den tragenden Parteien der Opposition und der Regierung beginnt sich, ein Jahr vor den Bundestagswahlen, zu schliessen. Beide Parteien liegen einander hart auf den Fersen. Schon heute entspricht die bestehende Regierungsmehrheit nicht mehr der Parteienstärke bei den Wählern.

Dieser Trend nach abwärts bereitet dem Kanzler und der CDU viel Sorgen, mehr freilich noch dem Kanzler, der ja, nach eigenem Ausspruch, seine Hoffnung nicht aufgegeben hat, auch die dritte Regierung seit Bestehen der Bundesrepublik zu führen. Wie sichert man eine dritte Kanzlerschaft? Durch eine Änderung der bisherigen Politik, durch einen Hinauswurf unfähiger und überflüssiger Minister? Dies liegt natürlich dem Kanzler fern, das hiesse ja über den eigenen Schatten zu springen. Er hat darüber seine eigenen Ideen. Er will das Schwinden seiner Heerscharen durch die Aufnahme von Frauen in das dritte Kabinett Adenauer auffangen.

In der Bundesrepublik gibt es bekanntlich mehr Frauen als Männer. Frauen entscheiden die Wahlen. Offensichtlich glaubt der Bundeskanzler, die Gunst der weiblichen Wähler durch weibliche Minister als Wahlköder erringen zu können. Wird diese Rechnung aufgehen? Vieles spricht dagegen, denn es sind gerade die Frauen, die sich gegen eine Politik auflehnen, welche ihnen Soldaten im gespaltenen Deutschland und die Wiedereinführung der Wehrpflicht brachte. Bezeichnend für den Stimmungsumschwung ist folgendes Inserat aus den "Westfälischen Nachrichten":

#### "Öffentliche Erklärung!

Ich erkläre hiermit, dass ich mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht einverstanden bin.

Als ich wählte, habe ich niemanden berechtigt zu bestimmen, dass wieder eine Situation ermöglicht wird, in der Befehle zum Töten gegen und entgegengenommen werden müssen.

Dr. Klara Kunkel. Gemen"

Diese Stimme spricht nicht für sich allein. Sie gibt die Empfindungen vieler weiblicher Wähler wieder. Ein weibliches Mitglied im dritten Kabinett Adenauer dürfte daran nicht allzuviel ändern.

\* \* \*

Verantwortlich: i.V. Albert Exler